



23.05.2014 | Nr. 297/14

Katja Rathje-Hoffmann: Mehr Rente für 330.000 Frauen in Schleswig-Holstein

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, hat das heute (23. Mai 2014) von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag verabschiedete Rentenpaket begrüßt:

„Mit diesem Beschluss erhalten 330.000 Frauen in Schleswig-Holstein mehr Rente. Von dem Gesetz profitieren also mehr als zehn Prozent unserer Bevölkerung direkt und unmittelbar. Durch die konkreten Nachbesserungen der Union ist das insgesamt ein gutes Rentenpaket geworden“, erklärte Rathje-Hoffmann in Kiel.

Künftig würden die Mütter von vor 1992 geborenen Kindern bei der Rente ein Jahr mehr als bislang pro Kind in der Rentenversicherung angerechnet bekommen.

„Seit mehr als zehn Jahren fordert die CDU die bessere Anerkennung von Erziehungszeiten. Das schafft mehr Gerechtigkeit und Anerkennung der älteren Mütter. Gerade sie haben viel häufiger wegen der Erziehung der Kinder auf eine Berufstätigkeit und damit ihre Rente verzichtet. Kindergartenplätze waren Mangelware und der berufliche Einstieg war deutlich schwerer als heute“, so Rathje-Hoffmann.

Ab 1. Juli dieses Jahres würden künftig zwei statt bisher nur einem Kindererziehungsjahre angerechnet. Bei nach 1992 geborenen Kindern bleibt es bei einer Anrechnung von drei Jahren. „Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag gegen die Altersarmut bei Frauen“, so Rathje-Hoffmann.

Wichtige Nachbesserungen habe die Union bei der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren durchgesetzt. Rathje-Hoffmann betonte, der durch SPD-Landeschef Ralf Stegner unterstützte Entwurf von Andrea Nahles sei wirtschaftspolitischer Irrsinn und gesellschaftspolitischer Sprengstoff gewesen.

„Nahles und Stegners Modell hätte eine massive Frühverrentungswelle ab 61 Jahren auf Kosten der Arbeitslosenversicherung bedeutet. Diesem Missbrauch hat die CDU einen Riegel vorgeschoben“, so die CDU-Abgeordnete.

Angesichts zunehmenden Fachkräftemangels brauchen wir gerade die älteren Arbeitnehmer mit ihrem großen Erfahrungsschatz auf dem Arbeitsmarkt. Nun blieben auf Druck der Union zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem 63. Lebensjahr in der Anrechnung unberücksichtigt.

Zudem habe die Union durchgesetzt, dass auch Selbstständige die Rente mit 63 in

Anspruch nehmen könnten. Zusätzlich komme die FlexiRente für Arbeitnehmer, die sich fit genug fühlen um länger als bisher zu arbeiten.
„Eine Weiterbeschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus ist in der Zukunft einfacher möglich. Auch das ist im Sinne der Menschen“, so Rathje-Hoffmann.